In seiner Sitzung am 18.07.2013 hat der Rat der Gemeinde Rosendahl die Durchführung des Verfahrens zur 8. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Nord-West“ im Ortsteil Darfeld beschlossen.

Gemäß § 2 Abs. 2 BauGB ist die Bauleitplanung benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen. Außerdem ist in der ersten Stufe der Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung und Entwicklung eines Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten, dabei ist ihnen die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Darüber hinaus sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, möglichst frühzeitig zu beteiligen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit hat in der Weise stattgefunden, dass die Planunterlagen in der Zeit vom 12.08.2013 bis 20.09.2013 einschließlich im Rathaus während der allgemeinen Öffnungszeiten zur Einsichtnahme offen lagen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden über die Durchführung des Verfahrens zur 8. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Nord-West“ im Ortsteil Darfeld schriftlich informiert und gebeten, bis zum 13.09.2013 zu dem Planentwurf Stellung zu nehmen.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ist keine Stellungnahme eingegangen, die eine Abwägung erfordert.

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind drei Stellungnahmen eingegangen, die eine Abwägung erfordern. Diese sind im Wortlaut aus den **Anlagen I bis III** zu entnehmen, der jeweilige Beschlussvorschlag ist den Anregungen bzw. Einwendungen als Anlage beigefügt.

Über die beigefügten Beschlussvorschläge kann sowohl einzeln als auch insgesamt abgestimmt werden.

Der Bebauungsplanentwurf, bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und Begründung einschließlich Umweltbericht, ist der Sitzungsvorlage als **Anlage IV** beigefügt.

Verfahrenstechnisch ist es nunmehr erforderlich, für den Bebauungsplanentwurf mit dem Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht sowie die umweltbezogenen Stellungnahmen die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Im Auftrage:

Brodkorb
Stellv. Fachbereichsleiterin

Niehues
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage I: Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 13.09.2013 mit Beschlussvorschlag

Anlage II: Stellungnahme des Landesbetriebes Straßen.NRW. vom 05.09.2013 mit
Beschlussvorschlag

Anlage III: Stellungnahme der Deutschen Telekom vom 16.09.2013 mit
Beschlussvorschlag

Anlage IV: Bebauungsplanentwurf, bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und
Begründung einschließlich Umweltbericht